



Rede des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion
Norbert Römer

zum Nachtragshaushalt 2010

anlässlich
der Plenarsitzung am 29. September 2010

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,
Herr Laumann,

in der Debatte über die Regierungserklärung haben Sie uns netterweise mitgeteilt, wer in Ihrer Familie der Finanzminister ist. Sie sagten sinngemäß: „Wenn ich zuhause so mit dem Geld umgehen würde wie die neue Landesregierung, dann würde mir meine Frau die Kontovollmacht entziehen.“

Zugegeben, solche klaren Zuständigkeiten mit eindeutigen Handlungskompetenzen sind nicht selten.

Klare Verhältnisse gibt es aber auch im Land. Herr Laumann,

Die Bürgerinnen und Bürger haben Ihnen und der FDP am 9.Mai die Kontovollmacht für dieses Land entzogen.

Sie sind nicht mehr kreditwürdig bei den Menschen. Das ist die bittere Wahrheit für Sie – und die sollten auch endlich akzeptieren.

Der Entzug der Kontovollmacht war kein Irrtum, kein Versehen, es war eine eindeutige Willensentscheidung. Und zwar nicht trotz, sondern wegen Ihrer Politik in den vergangenen 5 Jahren. Auch deshalb tragen wir jetzt die Verantwortung für den Nachtragshaushalt 2010.

Wir brauchen eine seriöse Schlussbilanz ihrer Regierungszeit und damit stellen wir die Landesfinanzen auf eine ehrliche Basis.

Verehrte Kollegen von CDU und FDP, dass Sie sich in diesen Tagen als die Gralshüter der Sparsamkeit aufspielen, deutet entweder auf rapiden Gedächtnisverlust hin – oder ist angesichts der Tatsachen einfach dreist.

Wir müssen die schwarzen Löcher füllen, die Sie uns hinterlassen haben. Und wir werden sie füllen.

Der Nachtragshaushalt 2010 ist die Reparatur dessen, was die abgewählte Regierung Rüttgers hinterlassen hat und – ganz wichtig – sie wusste davon, dass diese Zahlungen auf das Land zukommen.

Schwarz-Gelb hatte bereits mit einer Kreditaufnahme von 6,6 Mrd. Euro gerechnet. Wenn seriös geplant worden wäre, hätte man schon vor Monaten eine Aufstockung des Etats 2010 um 2,3 Mrd. Euro vornehmen müssen, so wie es jetzt vorgesehen ist.

Wir haben Ihnen übrigens schon vor einem Jahr gesagt, dass der Haushalt nicht solide finanziert ist. Wir sind im Dezember davon ausgegangen, dass Sie bei einer tatsächlichen Neuverschuldung für 2010 bei mindestens 8 Mrd. Euro landen würden.

Nachlesen könne Sie das in unserem Entschließungsantrag vom 17.12. 2009. Landtagsdrucksache 14/10451.

Aber seriös ist es eben bei der abgewählten Regierung Rüttgers nicht zugegangen. Da ist getrickt worden, um über den Wahltag zu kommen. Das ist ja der Skandal, für den Schwarz-Gelb verantwortlich ist: Finanzielle Risiken im Haushalt verschweigen. Zusagen finanziell im Haushalt nicht absichern. Deshalb müssen wir das jetzt aufdecken und in Ordnung bringen.

Deshalb wird es in dem Nachtragshaushalt 2010 zu einer Rekordverschuldung kommen, die bei 8,9 Milliarden Euro liegen wird.

Nur deshalb: Diese Rekordverschuldung ist das Erbe der abgewählten Regierung Rüttgers.

Um das noch mal klar zu machen: Durch diese Neuverschuldung werden keine politischen Projekte der rot-grünen Koalition finanziert. Der Nachtragshaushalt beinhaltet weder die Abschaffung der Studiengebühren, noch die Beitragsfreiheit der Kitas, noch den Stärkungspakt Stadtfinanzen.

Das packen wir mit Haushalt 2011 an, verlassen Sie sich darauf!

Aber darauf allein können vor allem die Kommunen nicht warten. Denn Sie haben die Städte und Gemeinden im Stich gelassen, ihnen neue Aufgaben aufgebürdet, ohne die auskömmlichen Finanzmittel hinterherzuschicken.

Sie haben die Kommunen rechtswidrig belastet und ihnen Gelder in mehrstelliger Millionenhöhe vorenthalten. Die

Quittung haben Sie vom Verfassungsgerichtshof bekommen.

Die Erleichterung in der kommunalen Familie ist doch mit Händen zu greifen, dass es jetzt endlich wieder eine Landesregierung gibt, die die vitalen Interessen der Städte, Gemeinden und Kreise ernst nimmt, die sich nicht nur in Sonntagsreden für ihre Interessen einsetzt, sondern politisch handelt – konzentriert und konsequent.

Anrede,

Sie haben doch auch gelesen, wie sich etwa der Wuppertaler Oberbürgermeister Jung vergangene Woche sehr positiv geäußert hat.

Ich zitiere aus dem Kölner Stadtanzeiger vom 24. September:

„Wir fühlen uns als Partner auf Augenhöhe“, sagte Jung.

Das war nach dem Treffen der Ministerpräsidentin und des Innenminister mit dem Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden/Für die Würde unserer Städte“. Die Würde unserer Städte, genau darum geht´s. Herr Jung ist, glaube ich, noch immer in der CDU.

Sie haben in Kauf genommen, dass durch den blinden Aktionismus unter der Überschrift „Privat vor Staat“ auch diese Würde, und damit die Würde von Millionen Bürger in unserem Land Schaden genommen hat.

Wir handeln ! Jetzt !

Und deshalb erhalten die Kommunen ihnen zustehende Gelder nicht am Sankt Nimmerleinstag, sondern jetzt. Auch dafür brauchen wir den Nachtragshaushalt.

Herr Laumann, das findet übrigens auch ihr Leverkusener Parteifreund Reinhard Buchhorn, Klasse. Der ist ja auch Oberbürgermeister und weiß worum es geht.

In einem Artikel der Rheinischen Post ebenfalls vom 24.9. wird er zitiert:

Man spüre, dass die Ministerpräsidentin für die Kommunen kämpfen wolle. In diesem Maße habe er die Rüttgers-Regierung nicht agieren sehen. Den Ankündigungen müssten jetzt allerdings auch Taten folgen.

Recht hat er, der Herr Buchhorn.

Und deshalb sagen wir, was wir tun. Und wir tun, was wir sagen.

In der Landtagsfraktion der CDU herrscht dagegen mal wieder Verwirrung: Zum einen lehnen Sie diesen Nachtragshaushalt ab, damit auch die dringend notwendigen Zahlungen an die Kommunen. Zum anderen werfen Sie der Landesregierung – nach dem Treffen mit den Kommunen vergangene Woche - reine Ankündigungspolitik vor und kritisieren, dass bis heute kein Kämmerer einen Euro der zugesagten Hilfen gesehen habe.

Also was denn nun ?

Glauben Sie denn allen Ernstes, dass niemand eine solche Hochseilakrobatik ohne Netz und Boden erkennt? Mit solchen offenkundigen Widersprüchen leiten Sie nur Ihre eigene Bauchlandung ein. Das merken die Menschen doch. Und deshalb sind Sie wieder auf die Oppositionsbänke gewählt worden.

Wollen Sie ernsthaft den betroffenen Kommunen z. B. die 236 Mio. Euro vorenthalten, die nach dem Urteil des Verfassungsgerichts zum Thema Wohngeldentlastung neu verteilt werden müssen?

Das kann man ja ganz konkret machen: Zum Beispiel für Mülheim bedeutet das zusätzliche Gelder in Höhe von 5,7 Millionen, für Oberhausen knapp 3 Millionen, für Remscheid 4,5 Millionen und so weiter.

Wollen Sie ernsthaft die Soforthilfe von 150 Millionen Euro für Gemeinden zum Ausbau von Betreuungsplätzen für Unter-3-Jährige stoppen, Investitionsruinen in Kauf nehmen, Träger und Familien weiter verunsichern?

Haben Sie denn schon nach der kurzen Zeit auf den Oppositionsbänken vergessen, welche finanziellen Auswirkungen die Steuerrechtsänderungen auf der Bundesebene für Land und Kommunen nur in diesem Jahr haben? Allein durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz fehlen dem Land in

diesem Jahr 360 Millionen Euro, die Kommunen müssen auf 210 Millionen Euro verzichten.

Wenn Sie den vorliegenden Nachtragshaushalt ablehnen, dann müssen Sie zu den Konsequenzen auch öffentlich stehen. Wir lassen Sie da nicht raus: Erst haben Sie den Raubzug durch die kommunalen Kassen veranstaltet und jetzt wollen Sie den Kommunen selbst das Geld nicht zugestehen, das denen vom Verfassungsgericht zugesprochen worden ist. Das ist schon ein starkes Stück. Mit diesen intellektuellen Turnübungen entwickeln Sie sich zur kommunalfeindlichen Partei Nummer Eins in Nordrhein-Westfalen.

Herr Weisbrich, hat ja vor ein paar Tagen erklärt, mit viel Geld auf Pump wolle Rot-Grün alle Probleme zudecken, ohne Rücksicht auf die Kosten und die Folgekosten.

Das Gegenteil ist der Fall, Herr Weisbrich:

Wir müssen mit diesem Nachtrag Löcher stopfen, die Sie - ohne Rücksicht auf Verluste – selbst gegraben haben.

Anrede

Herr Laumann, Herr Papke, Sie haben ja angekündigt, diesen Nachtragshaushalt vom Verfassungsgericht überprüfen zu lassen.

Klar, das ist ihr gutes Recht.

Nur sollten die Argumente dafür halbwegs plausibel sein.

Ihr Hebel, so hat Herr Papke in einer Pressekonferenz erklärt, soll vor allem die geplante zusätzliche Risikovorsorge von 1,3 Mrd. Euro für aus der WestLB ausgelagerte Risikopapiere sein. Die Risiken seien bereits bis Ende 2011 abgesichert.

Nur mal so, zur Erinnerung:

Der Finanzminister der schwarz-gelben Koalition, Helmut Linssen, hat bereits 2008 eine längerfristige Vorsorge von 1,2 Mrd. Euro für die Risikopapiere gebildet. Auch diese Rücklage wurde nicht sofort gebraucht. Bisher sind Garantieleistungen von 107 Millionen abgeflossen. Trotzdem hatte Helmut Linssen noch in diesem Juni angekündigt, dass Ende 2011 die Mittel verbraucht sein würden.

Die neue Landesregierung sorgt nun vor, wie die alte – und wappnet sich gegen steigende und plötzlich anfallende Garantiezahlungen. Nicht anders geht ein solides Unternehmen bei absehbaren Risiken vor.

Und wie schnell Risiken immer noch im Restrukturierungsprozess bei sogenannten systemrelevanten Banken entstehen können, hat uns allen doch wohl das Beispiel der Hypo Real Estate gezeigt! Ein anderes Thema scheint Ihnen ja auch größere Probleme zu machen:

Die mit dem Nachtragshaushalt vorgesehenen neuen Stellen.

So sollen 1.525 neue Lehrerstellen geschaffen werden, um vorhandene Lücken im Schulsystem zu schließen.

Lücken, die Sie hinterlassen haben.

Das sind fehlende Lehrerstellen im Grundbedarf, zum Beispiel in der gymnasialen Oberstufe und den Berufskollegs. Darüber hinaus fehlen Lehrerstellen für sonderpädagogische Förderung und für den Ganztagsbetrieb bei Gesamtschulen. Diese 1.525 Stellen schlagen in diesem Jahr mit rund Millionen Euro zu Buche.

Die SPD-Fraktion unterstützt die Schulministerin ausdrücklich dabei, die Stellen so schnell wie möglich zu besetzen, um die Versäumnisse der Vorgängerregierung zu beseitigen. Uns liegt besonders daran, dass wir den Grundschulen 200 Stellen, die an Standorte mit besonderem Förderbedarf vergeben werden, wieder zur Verfügung stellen.

Wir reden in diesen Tagen ja auch über Integration – hier wird das sehr konkret.

SPD und Bündnis 90/Grüne sind sich einig: Mit diesen neuen Lehrerstellen sichern wir die Unterrichtsversorgung an unseren Schulen. Sie sind eine Investition in die Zukunft unserer Kinder.

Das Beispiel der Dortmunder Firma Envio, wo Menschen mit der Industriechemikalie PCB verseucht wurden und wo täglich neue Details des Umweltskandals ans

Tageslicht kommen, zeigt, wie notwendig effektive Kontrollen der Umweltverwaltung sind.

Mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt wollen wir dafür sorgen, dass effektive Kontrollen auch möglich sind.

100 Stellen sollen in diesem Bereich Lücken schließen, die auch der Verwaltungsreform der Vorgängerregierung geschuldet sind. Es gibt einen eklatanten Personalmangel bei den Kontrollen von Industrieanlagen in Nordrhein-Westfalen, gesetzliche Pflichtaufgaben können nicht mehr erfüllt werden.

Dieser Umstand wurde seinerzeit auch vom Amtsvorgänger von Herrn Remmel, dem verehrten Herrn Uhlenberg kritisiert.

Ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen braucht auch eine schlagkräftige Umweltverwaltung, damit es wieder zu mehr Sicherheit für Menschen und Umwelt, zu einer höheren Effizienz bei Kontrollen und Genehmigungen sowie zu einem Abbau des Vollzugsdefizites kommt.

Liebe Kollegen von CDU und FDP, fragen Sie doch mal bei Herrn Regierungspräsidenten Patziorek in Münster oder Frau Regierungspräsidentin Thomann-Stahl in Detmold nach, was sie von dieser Maßnahme halten.

Ich bin sicher, beide Regierungspräsidenten werden Ihnen bestätigen, dass es dringenden Personalbedarf gibt, um die gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können.

Also Strich drunter: Die Bürger haben Ihnen am 9.Mai die

Kontovollmacht für dieses Land entzogen und wir müssen die Finanzen des Landes wieder auf eine ehrliche, transparente Basis stellen. Der vorliegende Entwurf des Nachtragshaushalts ist dafür die gute Grundlage, weil er vor allem den Kommunen schnell hilft, weil er verantwortliche und verantwortbare Vorsorge bereitstellt.